772

Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 24. Februar 1926 — Nummer 46

Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften

Zusammenarbeit mit den Unternehmern

Berlin, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) ADGB., AfA und ADB. veröffentlichen durch die bürgerlichen Korrespondenzbureaus eine Denkschrift über „Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik". Diese Denkschrift soll eine Polemik gegen die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie darstellen. Sie ist nur auszugsweise wiedergegeben und setzt sich für „gemeinsame Arbeit aller — zum Zwecke der Ueberwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft" ein. Die Denkschrift erklärt, bei der gegenwärtigen Krise handle es sich nur um „eine ernste Störung des Produktionsprozesses, die ausginge von Störungen in der Zirkulation, von einer falschen Anwendung des sozialen Kredites". Sie verlangt Ausbau der Sozialversicherung, höhere Löhne und achtstündige Arbeitszeit, die den kräftigsten Anreiz zur Rationalisierung bilden. „Lohnerhöhungen zwingen unrentabel arbeitende Betriebe, zugunsten einer Zusammenfassung der produktiven Kräfte auszuscheiden." Aus diesem Grunde wird daher die Ausgestaltung des Tarifsystems, Schlichtungswesens und gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens verlangt. Handelspolitisch wird der Abbau der Zölle auf Rohstoffe und unentbehrliche Lebensmittel gefordert.

So viel man aus den Auszügen sehen kann, zeigt die Denkschrift, daß die Gewerkschaften ihre alte Methode der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum fortführen wollen.

Der „Vorwärts" versucht in einem Kommentar nachzuweisen, daß die harten Gegensätze, die durch die gewerkschaftliche Denkschrift aufgezeigt werden, der beste Beweis für die Unmöglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft seien. Dann aber schreibt er: „Das schließt gewiß nicht aus, daß man unter Wahrung der Gleichberechtigung — also etwa im Reichswirtschaftsrat — über die Rationalisierung und ihre Durchführung berät und nach Formen sucht, in denen die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Rationalisierung der Wirtschaft einem gemeinsamen Willen nutzbar gemacht wird. In großen sozialpolitischen Fragen aber sei die Kluft zwischen den Anschauungen der beiden Parteien so offen, wie nur je." Das wäre ein Beweis dafür, daß die Kluft in der Rationalisierungsfrage nicht vorhanden ist.

Die „Rationalisierung"

Essen. Die Zahl der Kündigungen von Bergarbeitern vermehrt sich von Tag zu Tag. So hat die Verwaltung der Zeche „Königsgrube" 40 Bergarbeitern zum 1. März d. J. gekündigt. Die Belegschaft soll nach und nach um ungefähr 200 Arbeiter, meist ältere Leute und Familienväter, verringert werden.

Dorsten. Auf der Zeche „Fürst Leopold" zu Hervest-Dorsten sollen am 1. März wiederum weit über 100 Bergleute gekündigt werden. Man vermutet sogar, daß noch weitere Arbeiterentlassungen bevorständen.

Erpressung von Lohnabbau durch Entlassungen.

Dortmund. Die Verwaltung der **Metallwarenfabrik von Mayweg u. Wiederholt** in Sölde erklärte sich „gezwungen", einen großen Teil ihrer beschäftigten Arbeiter zu entlassen oder zu beurlauben auf unbestimmte Zeit. Die Weiterbeschäftigung eines Teiles der Belegschaft machte sie von einem **Lohnabzug von 20 Prozent** abhängig. Leider haben sich Arbeiter gefunden, die darauf eingegangen sind. Offenbar handelt es sich um Unorganisierte. Auch der Betriebsrat war hier offenbar nicht auf dem Posten. Nur verstärkte Arbeit für die freien Gewerkschaften kann solche Vorfälle, die die gesamte Arbeiterschaft schwer schädigen, verhindern. Sache der Gewerkschaftsinstanzen wird es sein, nachzuprüfen, ob es sich hier nicht um einen Tarifbruch handelt, gegen den Klage zu erheben wäre.

Verschleierungsaktion der Arbeitgeberverbände

Schwarze Listen für Angestellte

Die „Welt am Abend" meldet, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände versucht, **unbequeme Zeugen für die Verbindung dieser Organisation mit den Femmemördern zu beseitigen.** Nunmehr ergänzt das Blatt seine Angaben wie folgt:

Bis zum 1. Februar d. J. sind ganz plötzlich 14 Angestellte, die auf eine lange Dienstzeit in der Vereinigung zurückblicken können, entlassen worden. Daß es sich nicht, wie der Geschäftsführer von Zeugen vor dem Ausschuß behauptete, um Abbaumaßnahmen handelt, geht schon daraus hervor, daß durchweg solche Angestellte den Entlassungsbrief bekamen, die bei ihrer Vernehmung auf dem Polizeipräsidium wahrheitsgemäße Aussagen gemacht haben. Unter der Angestelltenschaft der Arbeitgebervereinigung herrscht große Aufregung, zumal bekanntgeworden ist, **daß alle diejenigen, die wahrheitsgemäße Bekundungen auf dem Polizeipräsidium gemacht haben, auf eine schwarze Liste gesetzt sind. Weitere Entlassungen stehen bevor.** Acht Angestellte befürchten ebenfalls, noch auf die Straße gesetzt zu werden.

Kampfansage der Fürsten an das Volk!

1889 und 1926

Im Mai 1889 traten über 100 000 Ruhrarbeiter in den Streik. Ein „großer Augenblick" für **Wilhelm II.**, der sich viel auf seine „humanen Grundsätze" zugute hielt. Als Bismarck zu gleicher Zeit im Kabinett verschärfte Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie vorschlägt, erscheint unangemeldet und plötzlich der Kaiser, als Husar. In schneidigem Ton erklärt er: „Unternehmer und Aktionäre müssen nachgeben, die Arbeiter sind meine Untertanen, für die ich zu sorgen habe. Gestern habe ich den Oberpräsidenten am Rheine gewarnt: wenn die Industrie nicht sofort die Löhne erhöht, ziehe ich meine Truppen zurück. Wenn dann die Villen der reichen Besitzer und Direktoren in Brand gesteckt und ihre Gärten zertreten werden, so werden sie schon klein werden!"

Bismarck: „Ich denke, auch die Besitzenden sind Ihre Untertanen, Majestät."

Der Kaiser, durch den Einwand irritiert, enthüllt den Grund seiner Unruhe: „Wenn keine Kohle gefördert wird, ist unsere Marine wehrlos! Wir können nicht mobil machen, wenn Kohlenmangel den Aufmarsch hindert. Wir sind in so prekärer Lage, daß ich als Zar jetzt gleich Deutschland den Krieg erklären würde."

Andern Tags, zur Abordnung der streikenden Bergleute, väterlich: „Jeder Untertan hat selbstverständlich das Ohr des Kaisers ... Ihr habt euch ins Unrecht gesetzt, denn die Bewegung ist eine ungesetzliche, ... weil die Kündigungsfrist nicht eingehalten wurde ... Was die Forderungen selbst anbetrifft, so werde ich sie prüfen und euch das Ergebnis zugehen lassen! Sollten sich aber ... Zusammenhänge der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so könnte ich eure Wünsche in meinem königlichen Wohlwollen nicht mehr erwägen, denn

für mich ist jeder Sozialdemokrat ein Reichs- und Vaterlandsfeind. Dann müßte ich mit unnachsichtiger Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht, anwenden, und die ist eine große!"

Sodann zu den Unternehmern höflich: „Die Arbeiter haben mir einen guten Eindruck gemacht, sie haben keine Fühlung mit der Sozialdemokratie ... Es ist ja menschlich natürlich, daß jedermann versucht, möglichst viel zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen, sie wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zum Gewinn der Gesellschaft steht, und wollen mehr oder weniger daran teilnehmen."

In Emil Ludwigs „Wilhelm II." lesen wir weiter:

Sein früherer Ehrgeiz, die Sozialisten zu versöhnen, war schon nach dem ersten Versuch begraben. Caprivi wurde aus dem entgegengesetzten Grunde wie Bismarck gestürzt: dieser, weil er kein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, jener, weil er eines wollte. Jetzt war dem Kaiser klar: Die Arbeiter waren doch nicht zu halten, Klasse und Partei waren identisch, und so war in seinen Augen bald auch die Klasse selber der Reichsfeind. Da gab es nur Gewalt ... Graf Mirbach schlug im Herrenhause Dekretierung eines neuen Wahlrechts vor, Köller wollte gegen die Sozialisten, die beim Kaiserhoch sitzen blieben, den Staatsanwalt mobil machen, die Junkerblätter waren für Vereinigung der deutschen Fürsten zu einem neuen Bunde, um darin das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Zu gleicher Zeit, am Sedanstage 1895,

bezeichnete der Kaiser die Sozialisten als „eine Rotte Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen"

und rief zum Kampf auf, um der „hochverräterischen Schar zu wehren und uns von solchen Elementen zu befreien". Ander Aufforderungen zum Bürgerkriege folgten.

*

Unter der Ueberschrift „Kampfansage der Fürsten an das Volk" veröffentlicht die ultra-nationalistische „Deutsche Zeitung jetzt einen Leitartikel des Prinzen Friedrich Wilhelm zu Lippe, aus dem wir folgende Kernsätze zitieren.

„Nicht um den Besitz an sich — um seines Geldeswert — geht es für uns. Um die kulturellen Aufgaben geht es, die wir mit seiner Hilfe zu erfüllen haben ... Wir haben die Pflicht, unbeirrt von Tagessorgen darum zu kämpfen, daß diese Besitze dem deutschen Volke erhalten bleiben als Kristallisationspunkte zur Wiederaufrichtung der von den Internationalisten aller Schattierungen verstümmelten deutschen, nordischen Kultur. Dieses hohe Bewußtsein muß die deutschen Fürstenhäuser in ihrem gegenwärtigen Kampfe erfüllen. **Es muß ihren Willen stählen, nicht nachzugeben, auch nicht um Haaresbreite."**

1889 und 1926 — offene Kampfansage an das werktätige Volk! In der Monarchie wie in der Republik! Was Prinz Friedrich Wilhelm zu Lippe in der „Deutschen Ztg." schreibt, besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß der zusammengeklaute Fürstenbesitz die materielle Basis sein soll für die Errichtung der faschistischen Dik-

Die SPD ermöglicht die Volksentscheid-Sabotage

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages lehnte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag der Kommunisten ab, der festlegte, **daß die Gemeinden die gleichen Lokale der Reichstagswahl vom 7. Dezember auch für die Auslegung der Eintragungslisten für das Volksbegehren zu verwenden haben,** und der die Gemeinden gezwungen hätte, die Zeit für die Einzeichnungen so festzulegen, daß jeder, auch nach Arbeitsschluß, die Einzeichnung hätte vornehmen können. Mit der Annahme dieses Antrages wäre eine Sabotage durch die Gemeindebehörden verhindert worden. Es war bezeichnend, daß den Bürgerlichen die Ausführungen des Sozialdemokraten Fellisch so angenehm waren, daß sie darauf verzichteten, überhaupt das Wort zu ergreifen und nur noch gemeinsam mit den Sozialdemokraten den kommunistischen Antrag niederzustimmen brauchten.

Die sächsischen Arbeiter werden diese objektive Unterstützung der Sabotageversuche der Fürstenknechte durch verschärften gemeinsamen Kampf in allen Gemeinden hinfällig machen.

Jetzt erst recht: **Einheitsfront der Arbeiter für Enteignung der Fürsten!**

Betriebsräte gegen Landsberg

Frankfurt. Eine Betriebsrätevollversammlung in Offenbach nahm einstimmig folgende Resolution an: Die heute im Gewerkschaftshause versammelten Betriebsräte **verurteilen aufs schärfste das Verhalten des Abgeordneten Landsberg.** Die Offenbacher Betriebsräte fordern von der SPD.-Fraktion als Arbeitervertreter rückhaltloses Eintreten für den Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten.

Ein Gemeinderat für Fürstenenteignung

Suhl. Der Gemeinderat in **Steinheid** bei Sonneberg, der aus 3 KPD., 9 SPD. und 3 Bürgerlichen zusammengesetzt ist, nahm in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Entschließung an, die die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser fordert.

Achtung Volksbegehren

Nach dem Reichsgesetz ist zur Einzeichnung in die Eintragungsliste für Volksbegehren jeder Reichstagswähler berechtigt, der am Tage der Eintragung das zwanzigste Lebensjahr erreicht hat.

Da die Wählerlisten der letzten Wahl (Reichspräsidentenwahl) für die Behörden als Grundlage dienen, müssen alle Wahlberechtigten, die seit der Reichspräsidentenwahl (26. April 1925) bis zum 17. März 1926 das zwanzigste Lebensjahr erreichen, sich nach § 79 II Abs. 4 der Reichsstimmordnung sofort von ihrer zuständigen Gemeindebehörde einen Eintragungsschein besorgen.

Die nach der Präsidentenwahl zwanzig Jahre alt gewordenen Wahlberechtigten können ohne Eintragungsschein sich nicht am Volksbegehren beteiligen.

Alle Parteigenossen werden aufgefordert, die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen.

Zentralkomitee der KPD.

Polizeikampf gegen den Volksentscheid

Mannheim, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der badische Innenminister **Remmele**, Mitglied der SPD., bekämpft mit den Polizeiorganen die Bewegung des Volksentscheids. So ist in den letzten Tagen in Weilhof bei Mannheim und in Freiburg je eine Sammelliste der Kommunistischen Partei von der Polizei beschlagnahmt worden.

Demokratische Parteimitglieder für den Volksentscheid

Berlin, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In einer Versammlung der Demokratischen Partei in Wilmersdorf erklärte der Referent, die Demokratische Partei könne nicht für einen Volksentscheid eintreten. Er empfehle aber, sich für das Volksbegehren einzusetzen. Die Mitglieder verlangten jedoch klare Richtlinien der Demokratischen Partei im Sinne der Unterstützung des Volksentscheids.